

Pressemitteilung

Bund-Länder-Einigung zur Krankenhausreform

**Politik nimmt die Insolvenzen vieler
Krankenhäuser billigend in Kauf
Finanzielle Hilfe wird auf die lange Bank
geschoben**

Mainz, 11.07.2023

Zu der gestern Nachmittag bekannt gewordenen Einigung des Bundes und der Länder zur Krankenhausreform nimmt die KGRP nach Beratung ihres Vorstandes wie folgt Stellung:

Aus dem vorgelegten Eckpunktepapier wird deutlich, dass es kurzfristig keine Lösung für die finanzielle Notlage vieler Krankenhäuser geben wird.

„Es ist bedauerlich, dass sich die Länder mit ihrer einvernehmlichen Forderung nach einer finanziellen Stabilisierung der Krankenhäuser nicht haben durchsetzen können. Im Gegenteil dazu nimmt die Politik - und allen voran Gesundheitsminister Lauterbach - die Insolvenz und gar die Schließung vieler Krankenhäuser billigend in Kauf“, so Dr. Hartmut Münzel, Vorstandsvorsitzender der KGRP.

„Unter dem Vorwand fehlender Finanzmittel im Bundeshaushalt wird damit ein unkontrolliertes Krankenhaussterben riskiert. Es steht zu befürchten, dass auch die Versorgung der Bevölkerung darunter massiv leiden wird, die Wege zum Krankenhaus in Rheinland-Pfalz länger werden und Notarztstandorte wegfallen“, ergänzt KGRP-Geschäftsführer Andreas Wermter.

Bis die von der Politik angekündigte qualitativ bessere Behandlung durch die gestufte Krankenhausversorgung überhaupt greifen kann, wird es viele Kliniken in der Fläche möglicherweise nicht mehr geben. Denn ob die geplante Vorhaltefinanzierung gerade die vielen kleinen Krankenhäuser in Rheinland-

Pfalz, denen Minister Hoch zurecht eine hervorragende Arbeit und eine gute Qualität bescheinigt hat, finanziell dauerhaft sichern wird, lässt sich derzeit noch nicht abschätzen. „Greift die Vorhaltefinanzierung -wie geplant - erst in ein paar Jahren, kommt sie für viele kleine Krankenhäuser im Land sowieso viel zu spät“, so Dr. Münzel. „Notwendig ist daher eine sofortige Liquiditätshilfe und eine gesetzliche Garantie zur Finanzierung der Gehaltssteigerungen und Inflation. Insbesondere für die vielen kleinen freigemeinnützigen Häuser in Rheinland-Pfalz ist dies überlebensnotwendig. Die Länder dürfen sich nicht weiter mit dem Versprechen einer „Prüfung“ dieser notwendigen Rettungsmaßnahmen durch den Bund abspeisen lassen. Schließlich tragen sie am Ende die Hauptverantwortung für den kalten Strukturwandel und die Einschränkung der Versorgung“, so der KGRP-Vorsitzende.

Unverständlich ist aus Sicht der KGRP, dass sich Gesundheitsminister Hoch, der sich positiv zur gestrigen Einigung in Sachen Krankenhausreform geäußert hat, bisher leider keine Aussage zur Bereitstellung zusätzlicher Fördermittel für den Strukturwandel aus dem Haushalt des Landes Rheinland-Pfalz getroffen hat. Da sind andere Länder schon viel weiter, wie z.B. Nordrhein-Westfalen mit zusätzlichen Fördermitteln in Höhe von 2,5 Mrd. Euro für den Strukturwandel. Aber wir sind ja erst am Anfang der sogenannten Revolution“, so Wermter abschließend.

Die **Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V. (KGRP)** ist der Dachverband der Krankenhausträger in Rheinland-Pfalz und vertritt die Interessen von 85 Krankenhäusern mit rund 26.000 Betten. Über 900.000 Patientinnen und Patienten werden jährlich in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern umfassend stationär behandelt. Hinzu kommen jährlich mehr als 80.000 ambulante Operationen. Die Kliniken sind zugleich einer der bedeutendsten Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz mit rund 58.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Nähere Informationen zu den Aufgaben der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz unter www.kgrp.de.

ViSdP: Andreas Wermter, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e.V.